

Kundgebungen in Berlin: Versammlungsbehörde greift gegen Antisemitismus ein

In Berlin warnte der Verfassungsschutz vor israelfeindlichen Protesten. Mehrere Aktivisten wurde die Teilnahme untersagt.

In Berlin hat die Versammlungsbehörde mehrere Aktivisten von israelfeindlichen Gruppen von der Teilnahme an propalästinensischen Kundgebungen ausgeschlossen, wie der Tagesspiegel berichtet. Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt vor einer bevorstehenden Zunahme von israelfeindlichen und antisemitischen Protesten, die möglicherweise in Gewalt umschlagen könnten. Insbesondere wird befürchtet, dass Einzelpersonen gewalttätige Aktionen gegen israelische oder jüdische Ziele ausführen könnten.

Der Hintergrund dieser Warnung liegt im einjährigen Gedenken an den Angriff der Hamas am 7. Oktober, der als Auslöser für den anhaltenden Konflikt im Gazastreifen gilt. Die Situation bleibt angespannt, und die Behörden appellieren zur Vorsicht, um mögliche Gewalttaten zu verhindern. Für detailliertere Informationen und laufende Berichterstattung über diese Entwicklungen, **siehe www.deutschlandfunk.de**.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de